

No. 29224

**AUSTRIA
and
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY**

**Agreement concerning mutual assistance in the event of
disasters or serious accidents. Signed at Salzburg on
23 December 1988**

Authentic text: German.

Registered by Austria on 19 November 1992.

**AUTRICHE
et
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE**

**Convention relative à l'assistance mutuelle en cas de catastro-
phes ou d'accidents graves. Signé à Salzbourg le 23 dé-
cembre 1988**

Texte authentique : allemand.

Enregistrée par l'Autriche le 19 novembre 1992.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ÜBER DIE GEGENSEITIGE HILFELEISTUNG BEI KATASTROPHEN ODER SCHWEREN UNGLÜCKSFÄLLEN

Die Republik Österreich
und
die Bundesrepublik Deutschland —
überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammen-
arbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel, die
gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren
Unglücksfällen zu erleichtern — sind wie folgt
übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand

(1) Dieses Abkommen regelt die Rahmenbedin-
gungen für freiwillige Hilfeleistungen bei Katastro-
phen oder schweren Unglücksfällen im anderen
Vertragsstaat auf dessen Ersuchen hin, insbesondere
für Einsätze von Mannschaften und Material.

(2) Hilfeleistungen im Rahmen der herkömmli-
chen grenzüberschreitenden Nachbarschaftshilfe
bleiben unberührt.

Artikel 2

Definitionen

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die
Begriffe:

„Einsatzstaat“

derjenige Vertrags-
staat, dessen zustän-
dige Behörden um
Hilfeleistung, insbe-
sondere um Entsen-
dung von Hilfsmann-
schaften oder -mate-
rial aus dem anderen,
ersuchen;

„Entsendestaat“

derjenige Vertrags-
staat, dessen zustän-
dige Behörden einem
Ersuchen des anderen
um Hilfeleistung, ins-
besondere um Entsen-
dung von Hilfsmann-
schaften oder -mate-
rial, stattgeben;

„Ausrüstungsgegenstände“ das Material, die
Fahrzeuge, die Güter
für den Eigenbedarf
(Betriebsgüter) und
die persönliche Aus-
stattung der Hilfs-
mannschaften;

„Hilfsgüter“ die zusätzlichen Aus-
stattungen und Wa-
ren, die zur Abgabe an
die betroffene Bevöl-
kerung bestimmt sind.

Artikel 3

Zuständigkeiten

(1) Die für die Stellung und die Entgegennahme
von Hilfeersuchen zuständigen Behörden sind:

- auf der Seite der Republik Österreich:
der Bundesminister für Inneres und die Landes-
regierungen der Grenzländer;
- auf der Seite der Bundesrepublik Deutschland:
der Bundesminister des Innern und die Innenmi-
nister der Grenzländer.

(2) Die in Absatz 1 genannten Behörden können
nachgeordnete Behörden bezeichnen, die zur
Stellung oder zur Entgegennahme von Hilfeersu-
chen befugt sind.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten
Behörden der beiden Vertragsstaaten sind ermäch-
tigt, bei der Durchführung dieses Abkommens
unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

(4) Die beiden Vertragsstaaten geben einander
die Adressen und Fernmeldeverbindungen der in
den Absätzen 1 und 2 genannten Behörden bekannt.

Artikel 4

Vorgängige Absprache

Art und Umfang der Hilfeleistung werden von
Fall zu Fall im Einvernehmen zwischen den in
Artikel 3 genannten Behörden abgesprochen, ohne
auf Einzelheiten der Durchführung eingehen zu
müssen.

Artikel 5

Einsatzarten

(1) Die Hilfe wird durch solche Hilfsmannschaften geleistet, die insbesondere in der Bekämpfung von Branden, von nuklearen und chemischen Gefahren und in Sanitätshilfe, Rettung, Bergung oder behelfsmäßigen Instandsetzung ausgebildet sind und die über das für diese Aufgaben erforderliche Material und Spezialgerät verfügen; falls erforderlich, kann die Hilfe auf jede andere Weise erbracht werden.

(2) Die Hilfsmannschaften können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg entsandt werden.

Artikel 6

Grenzübertritt und Aufenthalt

(1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind vom Paßzwang und dem Erfordernis einer Aufenthaltsbewilligung/-erlaubnis oder eines Sichtvermerkes befreit. Es kann lediglich vom Leiter der Hilfsmannschaft ein seine Stellung bezeugender Ausweis verlangt werden.

(2) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Grenze auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hierfür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall sind die für die Grenzüberwachung zuständigen Behörden oder der nächste Grenzposten unverzüglich davon zu unterrichten.

(3) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 und 2 gelten auch für Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall evakuiert werden müssen.

Artikel 7

Grenzübergang des Materials

(1) Die Vertragsstaaten erleichtern den Grenzübergang für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontrollorganen des Einsatzstaats beim Grenzübertritt lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben; erfolgt bei besonderer Dringlichkeit der Grenzübergang außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen, ist dem bei der zuständigen Zollstelle bei erster Gelegenheit zu entsprechen.

(2) Die Hilfsmannschaften dürfen außer den für Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern keine sonstigen Waren mitführen.

(3) Für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze keine Anwendung. Die Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter, die bei einer Hilfeleistung nicht verbraucht wurden, sind wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie der Verbleib dieser Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter der für die Hilfeleistung verantwortlichen Behörde anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt. In diesem Fall gilt das nationale Recht des Einsatzstaates.

(4) Absatz 3 findet auch Anwendung auf die Einfuhr von Suchtgiften/Betäubungsmitteln in den Einsatzstaat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den Entsendestaat. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Suchtgift-/Betäubungsmittelübereinkommen. Suchtgifte/Betäubungsmittel dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen des Vertragsstaates eingesetzt werden, dem die Hilfsmannschaft angehört.

(5) Die Republik Österreich wird bei Gegenseitigkeit die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter im Einsatzstaat — ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherstellung zur abgabenfreien vorübergehenden Verwendung zulassen und — diese frei von allen Eingangsabgaben lassen, soweit sie verbraucht sind.

Artikel 8

Einsätze mit Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften nach Artikel 5 Absatz 2, sondern auch unmittelbar für andere Arten von Hilfeleistungen benutzt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Gebiet des anderen Vertragsstaats aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, sein Gebiet überfliegen und auch außerhalb von Zollflugplätzen und genehmigten Flugfeldern landen und abfliegen.

(3) Die Absicht, bei einem Hilfeinsatz Luftfahrzeuge zu verwenden, ist der ersuchenden Behörde unverzüglich mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Sinngemäß werden angewandt:

- a) Artikel 6 auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften;
- b) Artikel 7 auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter.

Sofern dies zur üblichen Ausrüstung zählt, sind die Besatzungen berechtigt, bei Einsätzen auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaats Uniform zu tragen, sowie als Dienstwaffen Faustfeuerwaffen (Pistolen und Revolver) samt Munition mit sich zu führen.

(5) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die luftrechtlichen Verkehrsvorschriften jedes Vertragsstaats anwendbar, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln.

Artikel 9

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden des Einsatzstaats.

(2) Aufträge an die Hilfsmannschaften des Entsendestaats werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, welche Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

(3) Die Behörden des Einsatzstaats leisten den Hilfsmannschaften des Entsendestaats Schutz und Hilfe.

Artikel 10

Einsatzkosten

(1) Der Entsendestaat hat gegenüber dem Einsatzstaat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Dies gilt auch für Kosten, die durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust des Materials entstehen. Kosten der Hilfeleistungen durch natürliche und juristische Personen, die der Entsendestaat auf Ersuchen hin lediglich vermittelt, trägt der Einsatzstaat.

(2) Im Falle der ganzlichen oder teilweisen Wiedereinbringung der Kosten der durchgeführten Hilfsmaßnahmen gilt Absatz 1 Satz 1 nicht. Der Entsendestaat wird vorrangig entschädigt.

(3) Die Hilfsmannschaften des Entsendestaats werden während der Dauer des Einsatzes im Einsatzstaat auf dessen Kosten gepflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall logistische einschließlich medizinischer Hilfe.

Artikel 11

Schadensersatz und Entschädigung

(1) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle ihm gegen den anderen Vertragsstaat oder dessen Helfer zustehenden Ansprüche auf den Ersatz von

- a) Vermögensschäden, die von einem Helfer des anderen Vertragsstaates im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages verursacht worden sind;
- b) Schaden, die auf einer Körperverletzung, einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod eines Helfers im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages beruhen.

(2) Wird durch einen Helfer des Entsendestaats im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages im Gebiet des Einsatzstaats Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der Einsatzstaat für den Schaden nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Helfer verursachten Schadens Anwendung finden. Ein Regreß des Einsatzstaats, der den Schaden ersetzt hat, gegen den Entsendestaat oder dessen Helfer besteht nicht.

(3) Die Behörden der Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatz- und Entschädigungsansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 12

Unterstützung und Wiederaufnahme von Helfern und Evakuierten

(1) Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall als Helfer oder Evakuierte von einem Vertragsstaat in den anderen gelangt sind, erhalten dort bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit Unterstützung nach den Vorschriften der innerstaatlichen Sozialhilfe. Der Abgangsstaat erstattet die Kosten der Unterstützung und der Rückführung dieser Personen, sofern sie nicht Angehörige des anderen Vertragsstaats sind.

(2) Jeder Vertragsstaat nimmt Personen, die als Helfer oder Evakuierte von seinem Gebiet auf dasjenige des anderen Vertragsstaates gelangt sind, wieder auf. Soweit es sich um Personen handelt, die nicht Angehörige des wiederaufnehmenden Vertragsstaats sind, bleiben sie dem gleichen ausländerrechtlichen Status wie vor dem Grenzübertritt unterstellt.

Artikel 13**Weitere Formen der Zusammenarbeit**

(1) Die in Artikel 3 genannten Behörden arbeiten nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zusammen, insbesondere:

- a) zur Durchführung von Hilfeleistungen;
- b) zur Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, indem sie alle zweckdienlichen Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Tagungen, Forschungsprogramme, Fachkurse und Übungen von Hilfseinsätzen auf dem Gebiet beider Vertragsstaaten vorsehen;
- c) zum Austausch von Informationen über Gefahren und Schaden, die sich auf das Gebiet des anderen Vertragsstaats auswirken können; die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten.

(2) Für gemeinsame Übungen, bei denen Hilfsmannschaften des einen Vertragsstaats auf dem Gebiet des anderen zum Einsatz kommen, gelten die Bestimmungen dieses Abkommens sinngemäß

Artikel 14**Fernmeldeverbindungen**

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Fernmelde- und insbesondere Funkverbindungen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 15**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar zwischen

den in Artikel 3 genannten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Weg bereinigt.

Artikel 16**Kündigung**

Dieses Abkommen kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden; es tritt sechs Monate nach dem Zugang der Kündigung außer Kraft.

Artikel 17**Andere vertragliche Regelungen**

Bestehende vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsstaaten bleiben unberührt.

Artikel 18 *)**Berlin-Klausel**

Mit Ausnahme der Bestimmungen dieses Abkommens über den Luftverkehr gilt das Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 19**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

GESCHEHEN ZU Salzburg, am 23. Dezember 1988 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

GRAF VON BRÜHL

Dr. ZIMMERMANN

Für die Republik Österreich:

BLECHA

*) Artikel 18 ist nach der am 3. Oktober 1990 erfolgten Wiedervereinigung Deutschlands obsolet.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY CONCERNING MUTUAL
ASSISTANCE IN THE EVENT OF DISASTERS OR SERIOUS
ACCIDENTS

The Republic of Austria and the Federal Republic of Germany,

Convinced of the need for cooperation between the two States to facilitate mutual assistance in the event of disasters or serious accidents, have agreed as follows:

Article 1. PURPOSE

(1) This Agreement lays down the basic conditions whereby, in the event of disasters or serious accidents in one Contracting State and at its request, voluntary assistance is provided by the other Contracting State, especially in the form of emergency teams and equipment.

(2) Assistance in the framework of customary transboundary neighbourliness arrangements shall remain unaffected.

Article 2. DEFINITIONS

For the purposes of this Agreement:

The term “requesting State” means the Contracting State whose competent authorities request assistance from the other State, in particular the sending of emergency teams or equipment;

The term “sending State” means the Contracting State whose competent authorities respond to a request from the other State for assistance, in particular the sending of emergency teams or equipment;

The term “equipment” means the material, vehicles, items for personal use (operational items) and personal equipment of the emergency teams;

The term “emergency aid” means the additional equipment and goods intended for distribution to the population affected.

Article 3. COMPETENT AUTHORITIES

(1) The authorities competent for making and receiving requests for assistance shall be:

For the Republic of Austria: the Federal Minister of the Interior and the *Land* Governments of the border *Länder*;

For the Federal Republic of Germany: the Federal Minister of the Interior and the Ministers of the Interior of the border *Länder*.

¹ Came into force on 1 October 1992, i.e., the first day of the third month following the date of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Bonn on 8 July 1992, in accordance with article 19 (2).

(2) The authorities referred to in paragraph 1 may designate authorities at a lower level to make or receive requests for assistance.

(3) The authorities of the two Contracting States referred to in paragraphs 1 and 2 shall contact each other directly for the purpose of implementing this Agreement.

(4) The two Contracting States shall inform each other of the addresses and telephone and telex numbers of the authorities referred to in paragraphs 1 and 2.

Article 4. PRIOR AGREEMENT

The type and extent of assistance to be provided shall be agreed upon by the authorities referred to in article 3 case by case, without necessarily going into operational detail.

Article 5. TYPES OF ASSISTANCE

(1) Assistance shall be provided by emergency teams which are specially trained, *inter alia*, in fire-fighting, nuclear and chemical hazards control, first aid, salvage and temporary repair work, and which have the specialized equipment required for such operations; if necessary, assistance may also be provided in any other manner.

(2) The emergency teams may be sent by land, air or water.

Article 6. BORDER CROSSING AND RESIDENCE

(1) The members of an emergency team shall be exempt from passport and residence permit or visa requirements. The only requirement is that the leader of an emergency team must carry a certificate attesting to his status.

(2) In particularly urgent cases, the border may be crossed at places other than those authorized, irrespective of the normal regulations. In this case the competent border surveillance authorities or the nearest border post shall be informed thereof without delay.

(3) The facilities referred to in paragraphs 1 and 2 concerning border crossings shall apply also to persons who have to be evacuated in the event of a disaster or a serious accident.

Article 7. BORDER CROSSING FOR EQUIPMENT

(1) The Contracting States shall facilitate border crossing for the equipment and items necessary for emergency operations. The leader of an emergency team shall be required only to hand over to the border authorities of the requesting State a list of the equipment and items being imported; particularly urgent border crossings at points other than those authorized shall be reported to the competent customs authority at the earliest opportunity.

(2) The emergency teams shall carry with them no articles other than the equipment and other items necessary for emergency operations.

(3) The prohibitions and restrictions on transboundary goods traffic shall not apply to the equipment and other items necessary for emergency operations. Such equipment and items that have not been used during an emergency operation shall be re-exported. If, owing to special circumstances, they cannot be re-exported, their

type, quantity and whereabouts shall be reported to the authority responsible for the emergency operation, who shall notify the competent customs authority. In such cases, the domestic legislation of the requesting State shall apply.

(4) Paragraph 3 shall also apply to the import of narcotic drugs into the requesting State and the re-export on non-consumed quantities to the sending State. Such traffic shall not count as import or export traffic within the meaning of the international conventions on narcotic drugs. Narcotic drugs may be transported only to meet an urgent medical need and may be used only by qualified medical personnel acting in accordance with the legislation of the Contracting State to which the emergency team belongs.

(5) The Republic of Austria shall, subject to reciprocity:

- Allow the equipment and other items necessary for emergency operations in the requesting State to be imported without formal procedure and without delivery of a guarantee for temporary duty-free utilization; and
- Exempt used equipment and other items from all import duties.

Article 8. OPERATIONS INVOLVING AIRCRAFT

(1) Aircraft may be used not only for the speedy transport of emergency teams in accordance with article 5, paragraph 2, but also directly for other types of emergency operations.

(2) Each Contracting State shall permit aircraft used in accordance with paragraph 1 and taking off from the territory of the other Contracting State to overfly, land in and take off from its territory even at points outside customs airports and approved airfields.

(3) The intention to use aircraft in an emergency shall be reported without delay to the requesting authority, with the most detailed possible information on the type and registration of the aircraft and on its crew, cargo, departure time, anticipated route and landing site.

(4) The following shall apply, *mutatis mutandis*:

(a) The provisions of article 6 above to the crew and emergency teams being carried;

(b) The provisions of article 7 above to the aircraft and other equipment and items carried therein.

During operations in the other Contracting State, crews shall be entitled to wear uniform and to carry service handguns (pistols and revolvers) and ammunition, provided that these form part of their normal equipment.

(5) Subject to the provisions of paragraph 2, the air traffic legislation of each Contracting State shall apply, in particular the obligation to transmit flight information to the competent control bodies.

Article 9. COORDINATION AND CONTROL

(1) In all cases, the authorities of the requesting State shall be responsible for coordinating and directing the rescue and emergency operations.

(2) Instructions for the emergency teams of the sending State shall be transmitted solely to their leaders, who shall brief their personnel on the plan of action.

(3) The authorities of the requesting State shall extend protection and assistance to the emergency teams of the sending State.

Article 10. OPERATIONAL COSTS

(1) The sending State shall have no claim on the requesting State for reimbursement of the cost of assistance. This shall also apply to costs arising from consumption, damage or loss of material. The cost of assistance provided by natural or legal persons that are made available by the sending State only in response to a request shall be borne by the requesting State.

(2) Where the cost of the assistance carried out is partially or completely recovered, paragraph 1, sentence 1, shall not apply. The sending State shall be given priority as regards reimbursement.

(3) The emergency teams of the sending State shall be provided with food and lodging throughout the operation at the expense of the requesting State and supplied with goods for their own use if the stocks brought with them have been exhausted. They shall also receive logistical support and medical treatment in case of need.

Article 11. COMPENSATION AND DAMAGES

(1) Each Contracting State shall waive all claims against the other Contracting State or its team members in respect of compensation for:

(a) Financial losses caused by a team member of the other Contracting State in the line of duty;

(b) Claims arising out of physical injury to, damage to the health of or the death of a team member in the line of duty.

(2) Where, in the territory of the requesting State, damage is done to third parties by a team member of the sending State in the line of duty, the requesting State shall incur liability for the damage in accordance with the provisions that would have applied if such damage had been done by members of its own team. Where the requesting State has made good the damage, it shall have no right of recourse against the sending State or its team members.

(3) The authorities of the Contracting State shall cooperate closely so as to facilitate the settlement of claims for compensation and damages. They shall, in particular, exchange all information at their disposal concerning cases involving damages within the meaning of this article.

Article 12. SUPPORT FOR AND READMISSION OF TEAM MEMBERS AND EVACUEES

(1) Persons who in the event of a disaster or serious accident have crossed from one Contracting State to the other, whether as members of an emergency team or as evacuees, shall receive support in that State under the respective national regulations on social welfare, until the earliest opportunity for their return. The State of original departure shall reimburse the cost of such support and repatriation, unless they are citizens of the other Contracting State.

(2) Each Contracting State shall take back into its territory persons who crossed from that territory into the territory of the other Contracting State as team members or evacuees. Any such persons who are not citizens of the Contracting

State into which they are returning shall retain the same alien status as before their departure.

Article 13. OTHER FORMS OF COOPERATION

(1) The authorities referred to in article 3 shall cooperate in accordance with their respective national laws, in particular:

(a) In carrying out assistance operations;

(b) In preventing and countering disasters or serious accidents, by exchanging all relevant scientific and technical information and organizing meetings, research programmes, specialized courses and exercises by emergency teams in the territory of both Contracting States;

(c) In exchanging information on risks and damage which may affect the territory of the other Contracting State; this exchange of information shall include precautionary data measurements.

(2) The provisions of this Agreement shall apply, *mutatis mutandis*, to joint exercises in which the emergency teams of one Contracting State go into action in the territory of the other State.

Article 14. TELECOMMUNICATION LINKS

The competent authorities of the Contracting States shall jointly take the necessary measures to establish telecommunication links and, in particular, radio links, between the authorities referred to in article 3, between these authorities and the emergency teams sent by them, among the emergency teams themselves and between the emergency teams sent and the respective operation leaders.

Article 15. SETTLEMENT OF DISPUTES

Disputes relating to the interpretation of this Agreement that cannot be settled directly by the competent authorities referred to in article 3 shall be settled through the diplomatic channel.

Article 16. DENUNCIATION

This Agreement may be denounced at any time through the diplomatic channel, and shall cease to have effect six months after receipt of the denunciation.

Article 17. OTHER CONTRACTUAL ARRANGEMENTS

Existing contractual arrangements between the Contracting States shall be unaffected.

Article 18. BERLIN CLAUSE*

With the exception of those provisions of this Convention which relate to air traffic, this Agreement shall apply also to *Land Berlin*, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a declaration to the contrary to the Government of the Republic of Austria within the three months following the entry into force of this Agreement.

* Article 18 has been obsolete since the reunification of Germany on 3 October 1990.

Article 19. ENTRY INTO FORCE

(1) This Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Bonn.

(2) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification.

DONE at Salzburg on 23 December 1988, in two originals in the German language.

For the Federal Republic of Germany:

GRAF VON BRÜHL

Dr. ZIMMERMANN

For the Republic of Austria:

BLECHA

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA
RÉPUBLIQUE D'ALLEMAGNE RELATIVE À L'ASSISTANCE
MUTUELLE EN CAS DE CATASTROPHES OU D'ACCIDENTS
GRAVES

La République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne,

Convaincues que les deux Etats doivent collaborer pour faciliter l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves, sont convenues de ce qui suit :

Article premier. OBJET

1) La présente Convention régit les conditions de base de la prestation volontaire d'assistance en cas de catastrophes ou d'accidents graves dans un Etat contractant et à sa demande, notamment en ce qui concerne la mise en œuvre de moyens humains et matériels.

2) Les prestations d'assistance dans le cadre de l'assistance transfrontière traditionnelle de bon voisinage restent inchangées.

Article 2. DÉFINITIONS

Au sens de la présente Convention :

L'expression « Etat d'intervention » désigne l'Etat contractant dont les autorités compétentes demandent à l'autre une assistance, notamment par l'envoi de moyens humains ou matériels;

L'expression « Etat d'envoi » désigne l'Etat contractant dont les autorités compétentes répondent à une demande faite par l'autre en vue de recevoir une assistance, notamment par l'envoi de moyens humains ou matériels;

L'expression « objets d'équipement » désigne le matériel, les véhicules, les biens à usage personnel (biens d'exploitation) et l'équipement personnel des équipes de secours;

L'expression « moyens de secours » désigne l'équipement et les biens supplémentaires destinés à être distribués aux victimes.

Article 3. AUTORITÉS COMPÉTENTES

1) Les autorités compétentes pour la présentation et la réception des demandes d'assistance sont :

Pour la République d'Autriche : le Ministre fédéral de l'intérieur et les Gouvernements des *Länder* frontaliers,

¹ Entrée en vigueur le 1^{er} octobre 1992, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi la date de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Bonn le 8 juillet 1992, conformément au paragraphe 2 de l'article 19.

Pour la République fédérale d'Allemagne : le Ministre fédéral de l'intérieur et les Ministres de l'intérieur des *Länder* frontaliers.

2) Les autorités visées au paragraphe 1 peuvent désigner des autorités subalternes habilitées à présenter et à recevoir les demandes d'assistance.

3) Les autorités des deux Etats contractants visées aux paragraphes 1 et 2 sont autorisées à entrer en relation directe aux fins de l'application de la présente Convention.

4) Les deux Etats contractants se feront connaître mutuellement, par la voie diplomatique, les adresses et les numéros de téléphone et indicatifs des liaisons radio des autorités visées aux paragraphes 1 et 2.

Article 4. ENTENTE PRÉALABLE

La nature et l'ampleur de l'aide seront convenues cas par cas entre les autorités visées à l'article 3, sans qu'il soit besoin d'entrer dans les détails de l'application.

Article 5. TYPES D'INTERVENTION

1) L'assistance sera fournie par des équipes de secours formées en particulier dans les domaines de la lutte contre les incendies, les dangers nucléaires et chimiques, et du secourisme, du sauvetage, du déblaiement ou de la remise en état provisoire et qui disposent du matériel et des équipements spécialisés nécessaires à l'accomplissement de ces tâches; l'assistance pourra aussi, le cas échéant, être fournie d'une autre manière.

2) Les équipes de secours peuvent être envoyées par voie terrestre, aérienne ou de navigation intérieure.

Article 6. PASSAGE DE LA FRONTIÈRE ET SÉJOUR

1) Les membres d'une équipe de secours sont dispensés des obligations de passeport et de permis de séjour ou de visa. Seul le chef de l'équipe de secours pourra être tenu de justifier sa position au moyen d'un document.

2) En cas d'urgence, la frontière peut aussi être franchie en dehors des points de passage autorisés, sans considération de la réglementation normale. Il conviendra alors d'en informer les autorités compétentes chargées de la surveillance des frontières ou le poste frontière le plus proche.

3) Les facilités visées aux paragraphes 1 et 2 concernant le passage de la frontière valent également pour les personnes qui doivent être évacuées en cas de catastrophe ou d'accident grave.

Article 7. PASSAGE DU MATÉRIEL À TRAVERS LA FRONTIÈRE

1) Les Etats contractants faciliteront le passage à travers la frontière des objets d'équipement et des moyens de secours nécessaires aux missions de secours. Le chef de l'équipe de secours devra simplement, lors du passage de la frontière, présenter aux agents de l'Etat d'intervention chargés du contrôle frontalier un document récapitulatif énumérant les objets d'équipement et les moyens de secours emportés par l'équipe. Si, dans un cas d'urgence, le passage de la frontière s'effectue en

dehors des points de passage frontaliers autorisés, cette formalité sera accomplie à la première occasion auprès du poste de douane compétent.

2) Les équipes de secours ne peuvent apporter avec elles aucun autre bien que les objets d'équipement et les moyens de secours nécessaires à leur intervention.

3) Les interdictions et restrictions régissant la circulation transfrontalière des marchandises ne s'appliquent pas aux objets d'équipement ni aux moyens de secours nécessaires aux missions de secours. Les objets d'équipements et les moyens de secours non utilisés lors de l'intervention doivent être réexportés. Si des circonstances particulières ne permettent pas la réexportation, leur nature et leur quantité ainsi que le lieu où ils se trouvent seront notifiés à l'autorité responsable de l'intervention, laquelle en informera le service douanier compétent. Dans ce cas, la législation nationale de l'Etat d'intervention s'appliquera.

4) Les dispositions du paragraphe 3 s'appliquent également à l'importation de stupéfiants dans l'Etat d'intervention et à la réexportation des quantités non consommées vers l'Etat d'envoi. Cette circulation n'est pas considérée comme importation ou exportation au sens de la Convention internationale sur les stupéfiants. Des stupéfiants ne peuvent être emportés que pour répondre à un besoin médical urgent et ne peuvent être utilisés que par du personnel médical qualifié agissant conformément aux dispositions législatives de l'Etat contractant auquel appartient l'équipe de secours.

5) La République d'Autriche accordera, dans des conditions de réciprocité, en ce qui concerne les objets d'équipement et les biens d'assistance nécessaires à l'assistance dans l'Etat d'intervention :

- L'admission sans procédure formelle et sans constitution de garantie, aux fins d'utilisation temporaire en exemption de droits; et
- L'exemption de tous droits d'importation dans la mesure où les biens en question sont consommés.

Article 8. INTERVENTIONS AU MOYEN D'AÉRONEFS

1) Des aéronefs peuvent être utilisés non seulement pour le transport rapide des équipes de secours conformément au paragraphe 2 de l'article 5, mais aussi directement pour d'autres types d'interventions.

2) Chaque Etat contractant autorise les aéronefs utilisés à partir du territoire de l'autre Etat contractant, conformément au paragraphe 1, à survoler son territoire ainsi qu'à atterrir et à décoller en dehors des aéroports douaniers et des terrains d'aviation autorisés.

3) L'intention d'employer des aéronefs pour une mission de secours doit être notifiée sans délai à l'autorité requérante, avec des indications aussi exactes que possible sur le type et le numéro d'immatriculation de l'aéronef, l'équipage, le chargement, l'heure du décollage, l'itinéraire prévu et lieu d'atterrissage.

4) Sont applicables *mutatis mutandis* :

a) Les dispositions de l'article 6 aux équipages et aux équipes de secours qui les accompagnent;

b) Les dispositions de l'article 7 aux aéronefs et aux objets d'équipement et moyens de secours embarqués.

Dans la mesure où cela fait partie de leur équipement habituel, les équipes sont autorisées, lors des interventions sur le territoire de l'autre Etat contractant, à porter leur uniforme ainsi que des armes de service, armes de poing (pistolets et revolvers) et leurs munitions.

5) Sous réserve des dispositions du paragraphe 2, la réglementation de chaque Etat contractant relative à la circulation aérienne est applicable, et notamment l'obligation de transmettre des informations de vol aux organes de contrôle compétents.

Article 9. COORDINATION ET DIRECTION

1) La coordination et la direction des opérations de sauvetage et de secours incombent dans tous les cas aux autorités de l'Etat d'intervention.

2) Les instructions destinées aux équipes de secours de l'Etat d'envoi seront communiquées exclusivement aux chefs d'équipe, qui régleront les détails d'exécution vis-à-vis de leurs subalternes.

3) Les autorités de l'Etat d'intervention accorderont protection et assistance aux équipes de secours de l'Etat d'envoi.

Article 10. FRAIS D'INTERVENTION

1) L'Etat d'envoi n'a, à l'égard de l'Etat d'intervention, aucun droit à remboursement des frais des missions de secours. Il en est de même des dépenses dues à l'utilisation, à l'endommagement ou à la perte du matériel. Les dépenses des missions de secours effectuées par l'intermédiaire de personnes physiques ou morales mises à disposition uniquement sur demande par l'Etat d'envoi, sont supportées par l'Etat d'intervention.

2) La première phrase du paragraphe 1 ne s'applique pas lorsque les frais des opérations de secours sont récupérés en tout ou en partie. L'autorité requise de l'Etat d'envoi est dédommagée en priorité.

3) Pendant la durée des opérations de l'Etat d'intervention, les équipes de secours de l'Etat d'envoi sont logées et nourries aux frais de l'autorité requérante et elles sont approvisionnées en biens à usage personnel lorsque les stocks emportés sont épuisés. Elles reçoivent également, en cas de besoin, une assistance logistique y compris médicale.

Article 11. INDEMNISATION ET DÉDOMMAGEMENT

1) Chaque Etat contractant renonce à toute demande d'indemnisation à l'encontre de l'autre Etat contractant ou de son secouriste pour :

a) Des dommages matériels causés par un secouriste en rapport avec l'accomplissement de sa mission;

b) Des dommages constitués par des lésions corporelles, un préjudice de santé ou le décès d'un secouriste en rapport avec l'accomplissement de sa mission.

2) Dans le cas où un secouriste de l'Etat d'envoi cause, dans l'accomplissement de sa mission, un dommage à un tiers, l'Etat d'intervention est responsable du dommage selon les dispositions qui s'appliqueraient si le dommage avait été causé par un de ses propres secouristes. L'Etat d'intervention qui a versé une indemnisa-

tion pour le dommage n'a pas le droit de recours contre l'Etat d'envoi ou son secouriste.

3) Les autorités des Etats contractants coopéreront étroitement pour faciliter le règlement des demandes de dédommagement et d'indemnisation. Elles échangeront notamment toutes les informations dont elles disposent sur les dommages visés au présent article.

Article 12. SOUTIEN ET RÉADMISSION DES SECOURISTES ET DES PERSONNES ÉVACUÉES

1) Les personnes qui, à l'occasion d'une catastrophe ou d'un accident grave, sont passées d'un Etat contractant dans l'autre en tant que secouristes ou personnes évacuées, bénéficieront dans cet Etat d'un soutien conformément aux lois nationales en matière d'assistance sociale, jusqu'au moment où la première occasion leur sera donnée de rentrer. L'Etat de départ remboursera les frais de soutien et de rapatriement de ces personnes, à moins qu'il ne s'agisse de ressortissants de l'autre Etat contractant.

2) Chaque Etat contractant réadmettra les personnes qui sont passées de son territoire dans celui de l'autre Etat contractant en tant que secouristes ou personnes évacuées. Si ces personnes ne sont pas des ressortissants de l'Etat contractant qui procède à la réadmission, elles conserveront le même statut d'étrangers qu'avant d'avoir passé la frontière.

Article 13. AUTRES FORMES DE COOPÉRATION

1) Les autorités visées à l'article 3 coopéreront conformément à la législation intérieure et pourront conclure des ententes séparées, notamment :

a) Pour l'exécution des opérations de secours;

b) Pour éviter et combattre les catastrophes ou les accidents graves, en échangeant toutes les informations scientifiques et techniques utiles et en prévoyant des réunions, des programmes de recherche, des cours spécialisés et des exercices d'intervention sur le territoire des deux Etats contractants;

c) Pour échanger des informations sur les dangers et les dommages qui pourraient menacer le territoire de l'autre Etat contractant; cet échange d'informations inclut la communication à titre préventif de données relatives à des mesures.

2) Les dispositions de la présente Convention s'appliquent *mutatis mutandis* aux exercices communs au cours desquels les équipes de secours d'un Etat contractant interviennent dans le territoire de l'autre.

Article 14. LIAISONS RADIO

Les autorités compétentes des Etats contractants prennent en commun les mesures préalables nécessaires afin de faciliter les télécommunications et en particulier les communications radio entre les autorités désignées à l'article 3, entre ces autorités et les équipes de secouristes envoyées par elles, entre les équipes de secours elles-mêmes et entre les équipes de secours envoyées et la direction correspondante de l'intervention.

Article 15. RÈGLEMENT DES DIVERGENCES DE VUES

Les divergences de vues relatives à l'application de la présente Convention qui ne peuvent être réglées directement par les autorités visées à l'article 3, le seront par la voie diplomatique.

Article 16. DÉNONCIATION

La présente Convention peut être dénoncée à tout moment par la voie diplomatique; elle cessera de produire ses effets six mois après sa dénonciation.

Article 17. AUTRES DISPOSITIONS CONTRACTUELLES

Les dispositions contractuelles existant entre les Etats contractants ne sont pas modifiées.

Article 18.* CLAUSE DE BERLIN

A l'exception des dispositions concernant la circulation aérienne, la présente Convention s'applique également au *Land Berlin*, sauf notification contraire adressée par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République d'Autriche dans les trois mois qui suivront son entrée en vigueur.

Article 19. ENTRÉE EN VIGUEUR

1) La présente Convention sera ratifiée. Les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Bonn.

2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant l'échange des instruments de ratification.

FAIT à Salzburg, le 23 décembre 1988 en deux exemplaires originaux en langue allemande.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

GRAF VON BRÜHL

ZIMMERMANN

Pour la République d'Autriche :

BLECHA

* Après la réunification de l'Allemagne survenue le 3 octobre 1990, l'article 18 est périmé.

